

SITZUNG

Gremium:	Stadtrat
Sitzungstag:	Dienstag, den 16.04.2013
Sitzungsort:	Sitzungssaal, Rathaus
Beginn:	19:00 Uhr
Ende:	20:15 Uhr

Von den 25 ordnungsgemäß geladenen Mitgliedern des Stadtrates waren 24 anwesend, 1 entschuldigt, - nicht entschuldigt, so dass die beschlussfähige Zahl, nämlich mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl, anwesend war. Namentliches Verzeichnis nachfolgend.

Tagesordnung :

Öffentlicher Teil

1. Verkehrsregelung in der Bahnhofstraße
2. Bauleitplanverfahren "Alte Gärtnerei - Sonnensiedlung"; Satzungsbeschluss
3. Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2011
4. Aufstellung einer Vorschlagsliste für Schöffen
5. Berufung eines Wahlleiters und eines Stellvertreters für die Gemeindewahlen 2014
6. Jahresbericht der Jugendbeauftragten Sabine Scheer
7. Sonstiges öffentlich

Begrüßung

Erster Bürgermeister Kohmann eröffnete die Sitzung und stellte nach Begrüßung der Anwesenden die frist- und formgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Öffentlicher Teil

TOP 1	Verkehrsregelung in der Bahnhofstraße
--------------	--

Sachverhalt / Rechtslage:

In der Stadtratssitzung am 20.03.2012 wurde beschlossen, dass die bisher geltende Regelung der Sperrung des Bauabschnittes I von Samstag 14.00 Uhr bis Sonntag 24.00 Uhr und an den Feiertagen beibehalten wird.

In der Bürgerversammlung am 21.03.2013 wurde das Thema ausführlich diskutiert und über drei Varianten (Vollsperrung, Einbahnstraßenregelung, Beibehaltung der bisherigen Regelung) durch die Anwesenden probeweise abgestimmt.

Die Entscheidung war vom Stadtrat zu treffen und anschließend vor der Umsetzung, je nach Entscheidung, mit der Regierung von Oberfranken abzustimmen.

In der Sitzung der Bürgermeister und Fraktionssprecher am 09.04.2013 wurde vereinbart, die Variante „Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs (Spielstraße)“ zusätzlich zur Abstimmung zu stellen.

Je nach Abstimmungsergebnis müssten anschließend noch genauere Festlegungen, wie z.B. Zeitraum, Fahrtrichtung usw. getroffen werden.

Die CSU-Fraktion spricht sich für die Variante 4 (bisherige Regelung / verkehrsberuhigter Geschäftsbereich) auch unter Berücksichtigung des Signals durch die Bürger anlässlich der Bürgerversammlung aus, teilte StR Hagel mit.

Die SPD-Fraktion möchte, dass der Durchgangsverkehr aus der Bahnhofstraße herausgenommen wird und nur Anlieger- und Lieferverkehr zulässig sind, erklärte StR Leicht. Nach seiner Ansicht sieht er für den Verkehr keinen Verdrängungskonflikt in die anliegenden Straßen. Deshalb sprach sich die SPD für die Variante 1 probeweise Vollsperrung bis 31.10.2013 aus.

Die SBUN-Fraktion stimmt für die probeweise Vollsperrung, teilte StR Freitag mit. Nach seiner Ansicht würde sich bei einer Ausweisung als Spielstraße nichts ändern. Auf Grund der fußläufig guten Erreichbarkeit ist die Sperrung des BA I der Bahnhofstraße (80 m) zumutbar. Er bat um Prüfung der Verwaltung, in wie weit die Verkehrsbelastung in den anderen Straßen zugenommen hat, was ist Quellverkehr und was ist Zielverkehr und ob das Gutachten des Unternehmens Planwerk weitergeführt werden kann. Das Verkehrskonzept sollte weiterentwickelt werden. Eine Ausweitung der Tempo 30 Zone auf die umliegenden Straßen wäre nach Ansicht von StR Freitag denkbar.

StR Ernst erinnerte, dass es für die Sperrung an den Wochenenden 3 Anläufe der Freien Wähler bedurft, bis diese eingeführt wurde. Eine Kurstadt muss reif sein für Veränderungen. Es muss das Ziel sein, den Begegnungsverkehr unter der Woche aus der Bahnhofstraße zu bekommen. Die FW-Fraktion sprach sich für die Variante 2 probeweise Einbahnstraßenregelung während der Woche aus.

Dritte Bürgermeisterin Scheer favorisiert die Variante 3 probeweise Einführung des verkehrsberuhigten Bereichs / Spielstraße. Nach ihrer Ansicht könnte so die Sicherheit der einzelnen Verkehrsteilnehmer verbessert werden, weil das Schild Spielstraße eine größere Signalwirkung hat und besser wahrgenommen werden würde. Auf Anfrage von StRin Köcheler nach eventuellen

Umbaumaßnahmen bei dieser Variante teilte Erster Bürgermeister Kohmann mit, dass auf Grund des gewählten Ausbaus der Straße alle Möglichkeiten gegeben sind.

Vorgesehen ist die Spielstraße nur für reine Wohngebiete und reine Anliegerstraßen, teilte StR Bramann mit. Er glaubt nicht, dass diese Regelung für die Bahnhofstraße umsetzbar wäre. StR Bramann sprach sich für die Einbahnstraßenregelung mit Wochenendsperrung aus.

Nach Auskunft von StR Schmitt ist im Bereich der Kettenbrücke in Bamberg auch ein verkehrsberuhigter Bereich / Spielstraße angeordnet. Er schlug eine ordentliche Beschilderung an den Ortseingängen vor, so dass der Verkehrsteilnehmer gleich sieht, was ihn in der Stadt erwartet. StR Ziegler und Dritte Bürgermeisterin unterstützten den Vorschlag. Dritte Bürgermeisterin Scheer bat um die Erstellung eines Gesamtverkehrskonzepts für Bad Staffelstein vor dem BA III der Bahnhofstraße. Im Hinblick auf ein Gesamtverkehrskonzept sieht StR Ernst die Vorteile, verschiedene Varianten auszuprobieren.

Nach Ansicht von StR Mackert gibt es für die Bahnhofstraße „keinen Königsweg“. Jede Regelung hat Vor- und Nachteile. Seine Befragungen mit betroffenen Bürgern ergaben, dass die jetzige Regelung evtl. noch mit einigen Modifizierungen (z. B. weitere Schwellen / Berliner Kissen) beibehalten werden sollte. Vielleicht könnten verstärkt Kontrollen am Wochenende durchgeführt werden, schlug StR Hagel vor. Er empfahl, die Autokennzeichen der Fahrzeugführer aufzuschreiben, die am Wochenende widerrechtlich durchfahren und diese anzuzeigen. Von der Polizei liegt eine Zusage für verstärkte Kontrollen vor, teilte Erster Bürgermeister Kohmann mit.

Erster Bürgermeister Kohmann schlug für den Abstimmungsablauf vor, erst über die Grundsatzentscheidung abzustimmen und dann die Detailregelung festzulegen.

Beschluss:

Folgende Varianten wurden zur Abstimmung vorgeschlagen:

1. Vollsperrung, probeweise bis 31.10.2013 zum frühestmöglichen Beginn

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	14

Beschluss:

2. Einbahnstraßenregelung, probeweise bis 31.10.2013 zum frühestmöglichen Beginn

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	14

Beschluss:

3. verkehrsberuhigter Bereich / Spielstraße, probeweise bis 31.10.2013 zum frühestmöglichen Beginn

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	21

Auf Grund des Abstimmungsergebnisses musste über die Variante 4 bisherige Regelung / verkehrsberuhigter Geschäftsbereich nicht mehr abgestimmt werden, weil dafür bereits ein Beschluss besteht.

TOP 2	Bauleitplanverfahren "Alte Gärtnerei - Sonnensiedlung"; Satzungsbeschluss
--------------	--

Sachverhalt / Rechtslage:

Der Bauausschuss des Stadtrates hatte in seiner Sitzung vom 04.12.2013 den vorhabensbezogenen Bebauungsplan „Alte Gärtnerei – Sonnensiedlung“ als Satzung beschlossen. Im Rahmen der Prüfung des zwischenzeitlich vorgelegten Vorbescheidsantrages wurden seitens des Landratsamtes Lichtenfels Planänderungen gefordert. Nach Einarbeitung dieser wurde der nun vorliegende Bebauungsplanentwurf in der Fassung vom 27.02.2013 vom Bauausschuss am 05.03.2013 gebilligt und die erneute öffentliche Auslegung bzw. Behördenbeteiligung beschlossen. Da das Vorhaben der Innenstadtentwicklung dient, konnten die Vorschriften für das beschleunigte Verfahren angewandt werden (§ 13 a Abs. 1 i. V. m § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB), sodass die erneute Auslegungsfrist auf zwei Wochen verkürzt werden konnte. Die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung wurde am 08.03.2013 bekannt gemacht und fand vom 18.03. bis einschließlich 02.04.2013 statt.

Seitens der Öffentlichkeit gingen keine Stellungnahmen ein. Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange wurden geprüft und abgewogen. Das nachstehende Abwägungsprotokoll (§ 1 Abs. 7 BauGB) ist vor Satzungsbeschluss beschlussmäßig zu bestätigen:

Bauleitplanung Bad Staffelstein, Landkreis Lichtenfels

Bebauungsplan „Alte Gärtnerei – Sonnensiedlung“

Beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB

Erneute, verkürzte Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. §4 Abs. 2 BauGB sowie öffentliche Auslegung vom 18.03.2013 bis 02.04.2013

1. **Wasserwirtschaftsamt Kronach**

Ansprechpartner: Herr Matthias Trau

Schreiben vom 26.03.2013

„nachdem unsere Stellungnahme vom 26.09.2012, Nr. 1-4622-L 165-6761 /2012, im weiteren Verfahren berücksichtigt wurde, ist aus wasserwirtschaftlicher Sicht keine erneute Stellungnahme veranlasst.“

Stellungnahme:

Eine Stellungnahme ist nicht erforderlich.

2. **Regionaler Planungsverband Oberfranken-West**

Ansprechpartner: Herr Motschenbacher

Schreiben vom 02.04.2013

„keine Stellungnahme erforderlich“

Stellungnahme:

Eine Stellungnahme ist nicht erforderlich.

3. **Landratsamt Lichtenfels**

Ansprechpartner: Herr Grzeszyk
Schreiben vom 22.03.2013

„zum o.g. Planentwurf sind aus unserer Sicht keine weiteren Anmerkungen veranlasst.
Die Stadt Bad Staffelstein hat einen Abdruck dieses Schreibens erhalten.“

Stellungnahme:

Eine Stellungnahme ist nicht erforderlich.

4. Vermessungsamt Coburg

Ansprechpartner: Herr Dötterl
Schreiben vom 28.03.2013

„von unserer Seite folgende fachliche Hinweise:

Das Grenzumfangspolygon des Flurstücks 1820, Gemarkung Bad Staffelstein liegt mit genauer Koordinierung vor, Punktqualität „(8)“, amtliche Fehlergrenze ± 3 cm.

Den Firmen, die bei ihren Arbeiten Grenzpunkte des Grenzumfangspolygons benötigen, wird empfohlen, auf die Profi-Angebote der Bayerischen Vermessungsverwaltung zurückzugreifen.

Sog. qualifizierte Fachanwender können nach Registrierung die Grenzpunktkoordinaten beim Landesamt für Vermessung und Geoinformation käuflich erwerben und sie z. B. als Absteckungsbasis nutzen. Abmarkungshandlungen sind jedoch ausschließlich den Feldgeschworenen und dem zuständigen Vermessungsamt erlaubt. Falls im Rahmen der Bauarbeiten Aufträge ans Vermessungsamt erforderlich werden, bitte ich, diese frühestmöglich zu erteilen, da selbst bei dringlicher Antragsteilung eine Erledigung „von heute auf morgen“ aus personellen und organisatorischen Gründen unwahrscheinlich ist bzw. nicht garantiert werden kann.“

Stellungnahme:

Eine Stellungnahme ist nicht erforderlich

Stadt:

Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen.

Nach Ende der verkürzten Auslegungsfrist gingen noch folgende Stellungnahmen ein:

1. Regierung von Oberfranken

Sachgebiet 24
Ludwigstr. 20
95444 Bayreuth

E-Mail vom 12.04.2013

„gegen die mit Mail vom 13.03.2013 übermittelten o. a. Bauleitplanunterlagen bestehen nunmehr auch aus baurechtlicher Sicht keine Einwände.“

Stellungnahme:

Eine Stellungnahme ist nicht erforderlich

2. E.ON Netz GmbH

Luitpoldstraße 51
96052 Bamberg

Schreiben vom 04.04.2013

„die Überprüfung der uns zugesandten Unterlagen ergab, dass im oben genannten Bereich des Bebauungsplanes „Alte Gärtnerei-Sonnensiedlung“ keine Anlagen der E.ON Netz GmbH (zuständig für 110-kv und Fernmeldeanlagen) vorhanden sind. Belange unseres Unternehmens werden somit nicht berührt.

Wir bitten Sie, nachdem eventuell Anlagen der E.ON Bayern AG oder anderer Netzbetreiber im oben genannten Bereich vorhanden sein können, diese separat zu beteiligen.

Wir danken für Ihre Beteiligung, um die wir auch weiterhin bitten und stehen für weitere Rückfragen gerne zur Verfügung.“

Stellungnahme:

Eine Stellungnahme ist nicht erforderlich, die E.ON Bayern wurde bereits beteiligt.

Der nun endgültige Bebauungsplanentwurf mit seinen Festsetzungen ist nunmehr als Satzung zu beschließen (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Auf Anfrage von StR Ernst nach einer Verbindung der Gebäude teilte Bauamtsleiter Hess mit, dass es sich um eine Überdachung der Tiefgaragenabfahrt zwischen den beiden Gebäuden handelt.

Nach Ansicht von StR Konietzko gehören Gebäude in dieser Größenordnung nicht in den Innenstadtbereich.

Beschluss:

Die Stadt Bad Staffelstein beschließt nach der nach § 1 Abs. 7 BauGB erfolgten Abwägung den vorliegenden vorhabensbezogenen Bebauungsplan „Alte Gärtnerei – Sonnensiedlung“ in der Fassung vom 27.02.2013 gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	1

TOP 3	Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2011
--------------	--

Sachverhalt / Rechtslage:

Der örtliche Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Bad Staffelstein hat von September bis Oktober 2012 in mehreren Sitzungen die Jahresrechnung des Jahres 2011 geprüft. Der Bericht des örtlichen Rechnungsprüfungsausschusses wurde der Verwaltung am 05.12.2012 mit der Bitte um Stellungnahme vorgelegt.

Die Kämmererei hat daraufhin von den einzelnen Sachgebieten Stellungnahmen angefordert und eine Beantwortung des Berichts erarbeitet. Der Prüfbericht und die Stellungnahme sind mit der Ladung zur HVA-Sitzung am 26.02.2013 allen Mitgliedern zur Einarbeitung zugegangen.

In seiner Sitzung am 26.02.2013 hat sich der Hauptverwaltungsausschuss ausführlich mit dem

Bericht sowie der Stellungnahme der Verwaltung befasst. Es wurde ein Empfehlungsbeschluss für den Stadtrat gefasst, der die Entlastung der Verwaltung gemäß Art. 102 Abs. 3 GO vorsieht.

Der Stadtrat konnte also nunmehr die Feststellung und Entlastung für die Jahresrechnung 2011 beschließen.

Die Jahresrechnung 2011 wird zu gegebener Zeit auch noch im Rahmen der überörtlichen Rechnungsprüfung durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband abschließend geprüft werden.

Nach Auskunft des Vorsitzenden StR Mackert erfolgte die Prüfung in 6 Sitzungen. Die Schwerpunkte wurden auf das Altstadtfest, die Adam-Riese-Schule usw. festgelegt. StR Mackert bedankte sich bei den Kollegen des Rechnungsprüfungsausschusses (RPA) und der Verwaltung für die sehr gute Zusammenarbeit.

StR Ernst, Mitglied des RPA, war mit einem Punkt der Rechnungsprüfung nicht einverstanden, signalisierte aber seine Zustimmung.

Beschluss:

1. Der Stadtrat stellt die Jahresrechnung 2011 der Stadt Bad Staffelstein fest.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	0

Beschluss:

2. Für die Jahresrechnung 2011 wird die Entlastung gemäß Art. 102 Abs. 3 GO erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	0

Wegen persönlicher Beteiligung stimmte Erster Bürgermeister Kohmann nach Art. 49 GO nicht mit ab.

TOP 4	Aufstellung einer Vorschlagsliste für Schöffen
--------------	---

Sachverhalt / Rechtslage:

Der Präsident des Landgerichts Coburg hat mit Schreiben vom 31.01.2013 gebeten, 6 Personen in die Vorschlagsliste für Schöffen aufzunehmen und an das Amtsgericht Lichtenfels zu senden. Insgesamt sind bei der Stadtverwaltung 11 Bewerbungen bzw. Vorschläge für ein Schöffenamt fristgerecht eingegangen. Die Liste wurde an alle Stadtratsfraktionen ausgehändigt.

Mit der Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Mitglieder des Stadtrates, mindestens jedoch der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl ist über die Aufnahme von 6 Personen in die Vorschlagsliste zu entscheiden. Die Fraktionen wurden gebeten, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktionen werden folgende Personen in die Vorschlagsliste für Schöffen aufgenommen:

1. Fröhlich Hannes
2. Krüger Robert
3. Merklein Werner
4. Müller Georg
5. Weis Claudia
6. Wörner Holger

Die Verwaltung wird beauftragt, die Vorschlagsliste bekannt zu machen und an das Amtsgericht Lichtenfels zu senden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 22
Nein-Stimmen: 0

StR Georg Müller stimmte wegen Art. 49 GO nicht mit ab.

TOP 5	Berufung eines Wahlleiters und eines Stellvertreters für die Gemeindewahlen 2014
--------------	---

Sachverhalt / Rechtslage:

Am 16. März 2014 finden in Bayern die Kommunalwahlen statt.

Nach Art. 5 Abs.1 des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes (GLKrWG) sind vom Stadtrat aus dem Kreis der Bürgermeister, der Stadtratsmitglieder oder der Bediensteten ein Wahlleiter und ein Stellvertreter zu berufen. Zum Wahlleiter oder Stellvertreter kann nicht berufen werden, wer bei der Wahl zum Stadtrat mit seinem Einverständnis als sich bewerbende Person aufgestellt worden ist, für diese Wahlen eine Aufstellungsversammlung geleitet hat oder bei diesen Wahlen Beauftragter für den Wahlvorschlag oder dessen Stellvertretung ist.

Es wurde vorgeschlagen Herrn VR Wolfgang Hörath zum Gemeindewahlleiter zu berufen. Als Stellvertreterin wurde die Verwaltungsangestellte Natalie Böhmer vorgeschlagen.

Beschluss:

Der Stadtrat beruft Herrn VR Wolfgang Hörath zum Gemeindewahlleiter für die Gemeindewahlen 2014, als Stellvertreterin wird Frau VA Natalie Böhmer berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 23
Nein-Stimmen: 0

TOP 6	Jahresbericht der Jugendbeauftragten Sabine Scheer
--------------	---

Sachverhalt / Rechtslage:

Die Jugendbeauftragte der Stadt Frau Sabine Scheer trug in der Sitzung ihren Jahresbericht für das Jahr 2012 vor.

In ihrem Bericht ging sie näher auf das Pfingstferienprogramm und das Kinderfest ein und dankte sich bei den Vereinen, Verbänden, Organisatoren, Spendern und Helfern für ihr Engagement.

Jugendliche sprachen in der Sprechstunde der Jugendbeauftragten u.a. den regelmäßig durch Hundekot verunreinigten Weg an der Lauter entlang an. Es wurde gebeten, mehr Hundetoiletten mit Spenderbehälter und Abfallkübel aufzustellen.

Erster Bürgermeister Kohmann teilte mit, dass er von Jugendlichen wegen der Skateranlage angesprochen wurde, die reparaturbedürftig ist und dass auswärtige Jungen ihren Müll auf dem Gelände hinterlassen. Stadtbaumeister Ender prüfte die Anlage und musste sie wegen Verletzungsgefahr sperren. In den Ferien ist geplant, gemeinsam mit den Jugendlichen die Skateranlage wieder herzurichten.

Auf Anfrage von StRin Liesaus wie viele Jugendliche die Sprechstunde besuchten teilte Jugendbeauftragte Scheer mit, dass zwei Personen in der Sprechstunde waren und sie außerhalb der vorgegebenen Zeit von weiteren Jugendlichen angesprochen wurde.

Frau Scheer sprach in ihrem Vortrag die Themen Mobbing und Internetkriminalität an, über die die Jugendbeauftragten im Landkreis bei ihren Besprechungen informiert wurden. Nach Ansicht von StRin Köcheler sollten diese Informationen auch an die Jugendlichen weitergegeben werden. Jugendbeauftragte Scheer teilte mit, dass bei den Sitzungen versichert wurde, dass diese wichtigen Themen in den Schulen angesprochen werden. Nach Auskunft von Erstem Bürgermeister Kohmann fand bereits eine Informationsveranstaltung der Adam-Riese-Schule in der Adam-Riese-Halle statt.

Der Stadtrat nahm von Bericht Kenntnis.

TOP 7	Sonstiges öffentlich
--------------	-----------------------------

Sachverhalt / Rechtslage:

Der aktuelle Stand des Kassenkredits liegt bei 5.191.278 EUR und das Gewerbesteuersoll hat sich erfreulicherweise um 10 % erhöht = aktueller Stand 3.453.076 EUR, teilte Erster Bürgermeister Kohmann mit.

Erster Bürgermeister Kohmann lud die Mitglieder des Stadtrates und die Bürger zum internationalen Museumstag am 12.05.2013 in das Stadtmuseum ein.

Am 08.09.2013 ist eine Fahrt zum „Historischen Stadtmauerfest“ nach Nördlingen geplant. Interessierte können sich bei Markus Alin im Kur und Tourismus Service anmelden.

Im Hinblick auf den Saisonbeginn der Wallfahrten nach Vierzehnheiligen und den Brückenbau für den ICE erkundigte sich StR Bramann nach dem Sachstand des Geh- und Radweges von Wiesen nach Unterzettlitz. Nach Auskunft von Erstem Bürgermeister Kohmann sind die Grundstücksverhandlungen bei einem Eigentümer ins Stocken geraten. Es wird an der Lösung gearbeitet.

StR Ernst bat um Informationen zur Waldbewirtschaftung Zilgendorf in der nächsten Stadtrats-

sitzung. Erster Bürgermeister Kohmann sagte dies zu und teilte mit, dass bereits eine gemeinsame Sitzung mit den Rechtlern im Juni terminiert wurde.